



Krise: Lasst die Reichen zahlen!

"Rezession" sagt kein Politiker gern. Kreativ sind Schlüssel, Grasser & Co. bei der Umdeutung von Tatsachen: "Stagnation auf hohem Niveau", "starke Verflachung", "rückläufiges Wachstum", "konjunkturelle Eintrübung". Die deutsche Regierung ist noch besser: "Rezession beginnt im Kopf - und dort müssen wir sie auch bekämpfen" wird in Fernsehspots verkündet.

SONJA GRUSCH,
SLP WIEN-NORD

Jenseits der Schönfärberei zeigt die Realität ein ernstes Bild: das Wirtschaftswachstum für 2001 wird nicht mehr als 1% ausmachen - im dritten Quartal sank das Bruttoinlandsprodukt sogar. Konkurse nehmen zu, die Banken klagen über faule Kredite, die Nachfrage geht zurück, Leute werden gekündigt. Die Prognosen für 2002 bestehen aus "Wenn" und "Abers". Die österreichische Wirtschaft ist in hohem Masse von internationalen Entwicklungen abhängig. Hier gibt es Unsicherheiten: Ist der Tiefpunkt in den USA überschritten, oder steuert sie auf eine Rezession wie in den 20er Jahren zu? Wird die Wirtschaft in der EU wieder an Dynamik gewinnen? Wie sieht es in den Exportmärkten in Übersee, z.B. in Asien und Lateinamerika aus? Anfang der 90er Jahre wurde die "Globalisierung" als Mittel zur Krisenüberwindung gefeiert. Nun zeigt sich dass die internationale Verflechtung die Eindämmung von Krisen auf einzelne Bereiche der Weltwirtschaft weiter erschwert hat. Die OECD erwartet für das zweite Halbjahr 2001 erstmals seit 20 Jahren ein rückläufiges Wirtschaftswachstum in ihren Mitgliedsstaaten.

MISSBRAUCH DER OPFER

In den drei Monaten nach dem 11. September wurden allein in der Luftfahrtsbranche weltweit 120.000 Arbeitsplätze vernichtet. Aber die Terroranschläge waren weder Ursache noch Auslöser der jetzigen Situation, sondern haben eine bereits begonnene Entwicklung beschleunigt.

Deutschland z.B. verzeichnet 2001 einen Pleitenrekord, es wurden 150.000 Jobs in der Bauwirtschaft abgebaut. In den USA haben seit 11.9. über 600.000 Menschen ihren Job verloren - in verschiedenen Branchen. Die krisengeschüttelten japanischen Banken streichen gerade 23.000 Jobs. Anders gesagt: der 11. September mag als Erklärung für den angekündigten Stellenabbau bei z.B. American Airlines (20.000), United Airlines (20.000) und Boeing (30.000) herhalten, aber sicher nicht bei Nortel (50.000), Ericsson (22.000), Motorola (39.000) oder Lucent (60.000) - alles Telekommunikationsbetriebe.

ARBEITSLOSIGKEIT STEIGT

Fast 300.000 Menschen suchen in Österreich einen Job (inkl. rund 40.000 die in der Statistik nicht aufscheinen, weil sie in AMS-Maßnahmen sind und 10.000er Frauen und Jugendliche, die gar nicht als arbeitslos gelten, obwohl sie einen Job brauchen). Dass die Frauenarbeitslosigkeit (noch) weniger stark steigt als jene der Männer, ist nur scheinbar ein gutes Zeichen. Frauen arbeiten viel eher in unsicheren Teilzeitjobs mit weniger Absicherung und miesen Löhnen. Und die Arbeitsplatzstruktur verlagert sich immer stärker zu solchen Jobs.

RETTUNG IN SICHT?

Die Lage der österreichischen Wirtschaft ist alles andere als rosig. Ein wesentlicher Träger der letzten Monate war die Exportwirtschaft - diese steht

Angesichts der Rezession muss Widerstand organisiert werden. Gerade der ÖGB wäre gefordert.
Foto: Manu



und fällt allerdings mit der internationalen Entwicklung. Politiker und Ökonomen hoffen daher, dass, wie in den USA, auch in Österreich die Wirtschaft durch privaten Konsum angekurbelt wird. Denkfehler 1: Die österreichische ist viel exportabhängiger als die US-Wirtschaft. Denkfehler 2: die Wachstumsrate des privaten Konsum verlangsamt sich bereits vor Beginn der Krise. Denkfehler 3: Die Realeinkommen stagnieren bzw. gehen zurück - was soll also ausgegeben werden?

WIR SOLLEN IHRE KRISE ZAHLEN

Als sich die Berichte über eine Rezession häuften, berief die Regierung Ende November einen "Konjunktur-Gipfel" ein. Dieser brachte nur vollmundige Erklärungen. Viel konkreter die Vertreter der Wirtschaft: wie schon in der Vergangenheit versuchen sie die Krise auf die ArbeitnehmerInnen abzuwälzen. So schlägt z.B. OeNB-Chef Liebscher vor, wegen der gegen-

wärtigen Konjunkturlage die Ladenöffnungszeiten weiter zu liberalisieren. Unser Problem liegt wohl eher darin, nicht genug Geld zu haben, um das zu kaufen, was wir wollen/brauchen und weniger dabei, dass wir keine offenen Geschäfte finden. Hinter dem Vorschlag steckt etwas anderes: Schutzbestimmungen von ArbeitnehmerInnen und Arbeitszeitregelungen loszuwerden (und so Lohnkosten zu senken). Ein ähnlicher Vorstoß vom Fachverbandsvorsteher der Maschinen- und Anlagenbauindustrie (ca. 60.000 Beschäftigte), Malina-Altzinger: die gesetzliche Höchstarbeitszeit solle von derzeit zehn auf zwölf Stunden pro Tag erhöht werden. Und die Bundeswirtschaftskammer fordert in ihrer Bilanz 2001 Lohnnebenkostensenkungen, sowie weitere Absenkung bei den ohnehin sinkenden Steuerleistungen der Wirtschaft. Bei Sozialausgaben wird weiter gekürzt. Die Regierung hat ihren Treueschwur auf das Nulldefizit

verlängert, dem AMS fehlen die Mittel für "aktive" Arbeitsmarktpolitik und für aufmüpfige ArbeitnehmerInnen bastelt die Regierung bereits an neuen, repressiven Gesetzen. Die "Terrorbekämpfung" wird benützt, um einen Abbau demokratischer Rechte durchzubringen, der letztlich zu Lasten von ArbeitnehmerInnen gehen wird. Schon 2001 hat Riess-Passer ein Streikverbot im öffentlichen Dienst gefordert.

SPRENGKRAFT MAL 3

Die beginnende Wirtschaftskrise birgt auf drei Ebenen politische Sprengkraft: Erstens die EU ist keineswegs so homogen wie sie sich gerne darstellt. In Deutschland und Frankreich wird heuer gewählt. Deswegen haben sich die ihre Regierungen zu keiner gemeinsamen EU-Konjunkturpolitik einigen können. Sie wollen mit Maßnahmen noch warten, um sie wahlkampfwirksam einsetzen zu können. Zweitens obwohl FPÖ und ÖVP Unternehmerparteien sind, steht

die FPÖ aufgrund ihrer instabilen Wählerbasis stärker unter Druck, populäre Maßnahmen zu setzen. Deutlich wird das im Konflikt um die Steuerreform: Letztlich sind der FPÖ die Einkommen der "kleinen Leute" genauso egal wie der ÖVP. Aber die populistische FPÖ braucht wieder einmal etwas, dass sie als Politik für die "kleinen Leute" verkaufen kann. Und drittens der potentielle Widerstand der ArbeitnehmerInnen gegen bestehende und geplante Verschlechterungen. Die ÖGB-Urabstimmung hat gezeigt, dass der Unmut groß und die Bereitschaft zum "Klassenkampf" vorhanden ist. Bewegungen wird sich einiges in diesem Jahr - in welche Richtung ist noch nicht klar. Die SLP steht für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik, die klarmacht: Wir zahlen eure Krise nicht. Jeder einzelne Versuch, die Krise auf uns abzuwälzen muss durch Versammlungen, Demonstrationen und Streiks von Jugendlichen und ArbeitnehmerInnen zurückge-

österreich

Haupt gegen
Gleichbehandlung

Seite 2

schwerpunkt

Sozialistischer Widerstand
International

Seiten 4/5

international

Argentinien in Aufruhr

Seite 7

Der Standpunkt



"Die Bürger finden (...) dass alles viel zu sehr über ihren Kopf hinweg geregelt wird und wünschen eine bessere demokratische Kontrolle." So eine ungewohnt ehrliche Selbsteinschätzung aus der Erklärung von Laeken. Über 100.000 haben in Brüssel demonstriert und kein Treffen

Laeken: Viel Lärm um nichts

von Sonja Grusch

der EU-Spitzen geht ohne Proteste über die Bühne. Die EU-Politiker haben erkannt, dass der Unmut immer größer wird. Und sie haben auch gleich die "Lösung" parat: Eine umfassende Beteiligung der BürgerInnen soll es geben und dafür wurde ein Konvent geschaffen. Tatsächlich schließt dieser Konvent die "BürgerInnen" aber genauso aus wie in der Vergangenheit. Er setzt sich aus Regierungsmitgliedern und Vertretern der Parlamente zusammen. Die Regionen und Sozialpartner sind durch Beobachter "repräsentiert" und die BürgerInnen werden über ein Netz zivilgesellschaftlicher Organisationen informiert. Das bedeutet, dass auch in Zukunft die folgenden nichts mitzureden haben: Die Beschäftigten der belgischen Fluglinie Sabena, die Passagiere von British Rail, die Studierenden in Schweden, die MigrantInnen in Österreich, die Arbeitslosen in Portugal, die GegnerInnen der Castortransporte in Deutschland... Die EU ist nicht in erster Linie ein politisches, sondern v.a. ein wirtschaftliches Bündnis. Und bei wirtschaftlichen Fragen hört sich die Demokratie im Kapitalismus ganz schnell auf. Zu Maastricht- und Konvergenzkriterien - beides Regelwerke, die als Argumentationsgrundlage für Sozialabbau und Deregulierung in den EU-Staaten genutzt wurden - wurden die EuropäerInnen nicht befragt. Ebenso wenig über die 60.000 Mann starke EU-Streitmacht, die ab 2003 einsatzbereit sein soll. Ich wurde dazu nicht gefragt - Sie etwa? Und selbst wenn wir bei der einen oder anderen Detailfrage die Erlaubnis erhalten, unsere Meinung zu äußern oder sogar ein Kreuzchen bei einer Abstimmung zu plazieren so ändert das am Charakter der EU nichts. Daher nicht ein bisschen mehr Demokratie in der EU, sondern weg mit der kapitalistischen, undemokratischen EU und vor-

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), vormals Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) 1070 Wien, Kaiserstr.14/11.
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
DVR: 0820202
Zulassungsnummer 327808W97U

Temelin:

Ein Veto gegen das Volksbegehren!

Seit fast zwei Jahren sitzt jetzt die FPÖ in der Regierung. Seitdem hat die FPÖ bei allen Wahlen verloren, ganze Landesorganisationen gingen zu Bruch und der Verschleiß bei ihren Regierungsmitgliedern zeigt die nach wie vor sehr dünne Kaderdecke der Partei. Keine Frage, die FPÖ durchlebt "schwierige" Zeiten. Gerade rechtzeitig um davon abzulenken startet Mitte Jänner das Temelin-Volksbegehren.

ALI KROPP, SLP WIEN-MITTE

Das Motto "Wahltag ist Zahltag" gilt in den letzten Jahren immer zunehmender auch für die FPÖ. Das Grundproblem liegt dabei für sie in ihrem Spagat einerseits in der Regierung zu sitzen und andererseits auch noch weiterhin die Rolle einer Oppositionspartei spielen zu wollen. Immer mehr Menschen sind aber mittlerweile von der Kürzungspolitik der blau-schwarzen Regierung direkt betroffen. Damit fällt es der FPÖ auch immer schwerer sich als Partei des "kleinen Mannes" zu verkaufen. Will sie nicht aufgegeben werden, braucht sie andere Themen, um von ihrer tatsächlichen Politik ablenken zu können.

WER MACHT DIE FPÖ STARK?

Der Aufstieg der FPÖ ist sehr eng mit der Politik von SPÖ und ÖGB verbunden. Erst durch das Versagen des ÖGB im Kampf gegen

den Sozialabbau der 80er und 90er und der damaligen Regierungspolitik (z.B. in der MigrantInnenfrage) der SPÖ, konnte sich die FPÖ als Protestpartei etablieren. In Ermangelung einer echten Alternativen auf der Linken konnte Haider punkten und dieses Vakuum zunehmend für sich und die FPÖ nutzen. Der Aufstieg der FPÖ ist also untrennbar mit Sozialabbau und dem Rechtsruck der SPÖ und der Untätigkeit des ÖGB verbunden.

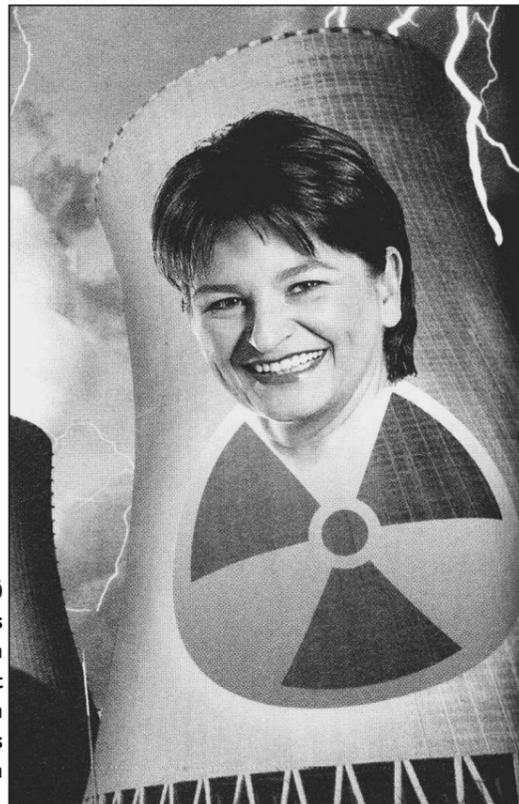
VERSAGEN DER GRÜNEN

Auch in der Frage um das Atomkraftwerk in Temelin kann die FPÖ wieder in ein Vakuum stoßen, das dieses mal die Grünen auf ihrem Weg zur Regierungspartei hinterlassen haben. Entstanden aus der Bewegung gegen das Atomkraftwerk in Zwentendorf, haben sich die Grünen heute von diesen Wurzeln "befreit".

Realpolitik hat eben Vorrang. Noch vor einigen Jahren bestand eine gemeinsame "Basisbewegung" von Menschen in Österreich und Tschechien gegen Temelin. Aufgebrochen wurde diese Bewegung durch die Forderung, das Thema an die "hohe" Politik zu übertragen - zuerst an den oberösterreichischen Landtag in Linz und dann an die Bundesregierung in Wien. Heute steht nicht einmal mehr das zur Diskussion. Das Thema Atomenergie sei ein europäisches und müsse deswegen auch "europäisch" über das Europa-Parlament gelöst werden, heißt es jetzt. Das Thema wurde immer weiter verschoben, bis es den betroffenen Menschen in Tschechien und Österreich definitiv aus den Händen genommen wurde.

WIE TEMELIN BEKÄMPFEN?

Mit ihrem Volksbegehren greift die FPÖ auf populistische Weise ein Thema wieder auf, das schon lange zuvor von allen etablierten Parteien in Österreich und Europa entschieden wurde. Nicht die Menschen haben über die Sicherheit und die Frage der Atomenergie zu entscheiden, sondern die EU, die sich nach



Weil die FPÖ sonst nichts zu bieten hat, bietet sie eben Populismus in Sachen Temelin.

den Interessen der großen europäischen Konzerne richtet. Immerhin ist "Euroatom" ein Grundpfeiler im Aufbau der Europäischen Union. Die Forderung nach einem von Brüssel geleitete Atomausstieg ist deswegen genauso lachhaft, wie das Volksbegehren der FPÖ.

Denn Eines haben wir durch Zwentendorf gelernt: Nicht die etablierte Politik schafft Sicherheit und eine "saubere" Umwelt, sondern der Zusammenschluss und Kampf aller Betroffenen über Bezirks- und Landesgrenzen hinweg!

Regierung macht ernst in Sachen Frauenpolitik:

Frauenminister legt Gleichbehandlung auf Eis

Seit Juni 2001 wurde der Vorsitz der Gleichbehandlungskommission von Frauenminister Haupt nicht mehr nachbesetzt. Mehr als 30 Frauen haben sich seither bei der Kommission beschwert, die Hälfte von ihnen wegen sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Das bedeutet eine Zwangspause der Arbeit der Gleichbehandlungskommission und damit eine Erschwerung der Situation der Betroffenen, die ohnehin - gerade bei sexueller Belästigung - oft sehr belastend ist.

CLAUDIA SORGER, SLP-FRAUEN

Bsp. 1: Eine Frau übernimmt eine leitende Position, die bis dahin mit einem Mann besetzt gewesen ist. Der Aufgabenbereich ist der gleiche geblieben. Trotzdem wird sie niedriger eingestuft als ihr Vorgänger. Die monatliche Lohndifferenz beträgt knapp S 4.000.- brutto. Die Frau wendet sich an die Anwaltschaft für Gleichbehandlungsfragen. Kurz darauf wird sie gekündigt.
Bsp. 2: Eine Frau, Alleinerzieherin eines vierjährigen Kindes und auf eine Teilzeitbeschäftigung angewiesen, arbeitet halbtags in einer Tankstelle. Ihren Angaben zufolge trat ihr der Arbeitgeber von Anfang an nahe, griff ihr an die Brust, lud sie ein, sich gemeinsam mit ihm im Kassaräum Pornofilme anzuschauen und forderte sie auf, ihm das Handtuch in die Dusche

nachzubringen. Als die Tankwartin ihrem Chef zum wiederholten Mal sagt, dass er mit seinen Annäherungsversuchen aufhören möge, wird sie nicht mehr belästigt, aber das bis dahin eher lockere Arbeitsklima wird eisig. Sechs Wochen später erhält die Frau die Kündigung.
Bsp. 3: In einer Firma erhalten Frauen bei der Einstellung grundsätzlich einen - auf sechs Monate - befristeten Arbeitsvertrag, Männer hingegen einen unbefristeten. Stellt sich innerhalb des halben Jahres heraus, dass eine Frau schwanger ist, erfolgt keine Verlängerung des Arbeitsverhältnisses. Das sind nur einige der zahlreichen Fälle, in denen die Gleichbehandlungskommission in der Vergangenheit eine Verletzung des Gleichbehandlungsgesetzes festgestellt hat und den betroffenen Frauen damit zu ihrem Recht verholfen hat. 1991

wurde die Funktion der Anwältin für Gleichbehandlungsfragen und damit einhergehend die Gleichbehandlungskommission geschaffen. Die meisten Probleme, mit denen sich Frauen an die Gleichbehandlungskommission wenden, betreffen die Festsetzung des Entgelts und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Diese Möglichkeit sich zu wehren besteht aufgrund der nicht Nachbesetzung nun nicht mehr. Was der Frauenminister seit Amtsantritt systematisch verfolgt, ist eine Einschränkung der bestehenden Instrumente der Gleichbehandlung und Frauenförderung. Zu diesem Zweck werden finanzielle Mittel gekürzt, eine Männerabteilung gegründet und jetzt die Gleichbehandlungskommission in ihrer Arbeit behindert. Auch wenn die Gleichstellung von Frauen nicht alleine über Gleichbehandlungsgesetze und ihre Institutionen erreicht werden kann, sind sie wichtige Erungenschaften, deren Abschaffung einen Rückschritt bedeutet. Gleichbehandlungsanwaltschaft und Gleichbehandlungskommission bieten Unterstützung für diejenigen, die in der betrieblichen Hierarchie meist wenig

Handlungsmöglichkeiten haben. Die Problematik der nicht erfolgten Nachbesetzung der Gleichbehandlungskommission wurde von den ÖGB-Frauen auf einer Pressekonferenz aufgezeigt. Doch dass das Aufzeigen alleine nicht ausreicht, hat die Vergangenheit bewiesen. Die jetzige Regierung ist dabei, erkämpfte Rechte wie z.B. Rückkehrrecht nach der Elternkarenz oder die Fristenlösung zu demontieren. Dem müssen wir Widerstand entgegensetzen.



600 Zeichen.

PSK 88.73.177

KAMPPFONDS

Ziel bis 31.08.01 65.000,- €

Semperit: Lernen aus der Vergangenheit

Kämpfen heißt die Zukunft!

Seit langem ist Semperit in Traiskirchen das Thema öffentlicher Debatten. Spätestens seit 1996, als das Werk erstmals ernsthaft von der Schließung bedroht war und eine Welle der Empörung durchs Land ging. Seitdem ist Semperit für viele Menschen zu einem Symbol für die Auswirkungen der "Globalisierung" geworden. Schließlich war es auch die drohende Werkschließung, durch die die Debatte über die "Globalisierungsfalle", so der Titel eines Bestsellers, in Österreich Einzug hielt. Semperit bedeutet aber noch mehr: Den offensichtlichen Sieg der Wirtschaft über die etablierte Politik und eine falsche, zu zögerliche Gewerkschaftspolitik.

**MICHAEL GEHMACHER,
SLP-GEWERKSCHAFTSSPRECHER**

Semperit-Traiskirchen gehört zum deutschen Multikonzern Continental. 1985 kaufte der Multi das Werk aus dem Abverkauf der damals noch im Staatsbesitz befindlichen Creditanstalt. Zusätzlich als kleine Draufgabe streifen sie von der damaligen SPÖ-FPÖ Regierung noch ordentliche Subventionen ein.

**"BLAUER BRIEF" VOM
WEIHNACHTSMANN**

Die Herangehensweise, mitten in der Weihnachtszeit lapidar bei einer Pressekonferenz die Werkschließung anzukündigen spricht Bände. War man/frau 1996 auch von Seiten der Konzernleitung noch zögerlich und zumindest nach außen verhandlungsbereit, gab es jetzt gleich gar nichts mehr zu diskutieren. Das zeigt, vor wem sich der Continental-Vorstand am wenigsten fürchtet - den österreichischen Gewerkschaften! Bereits Anfang der 90er wurde deutlich, dass Continental dem Werk in Traiskirchen keine große Zukunft gibt. Scheibchenweise wurde technisches "Know-How" aus der Semperit abgezogen und in den Aufbau von Werken in

Osteuropa investiert.

Einen ersten Höhepunkt erreichte die Krise, als 1994 beschlossen wurde, die Abteilung für Forschung und Entwicklung in Traiskirchen zu schließen und in das Continental Stammwerk nach Hannover zu verlegen. Die Angestellten aus dem technischen und kaufmännischen Bereich wurden vor die Wahl gestellt, entweder mit nach Hannover zu gehen, oder schlichtweg aus dem Betrieb auszuscheiden. Damals wiesen wir in einem Flugblatt darauf hin, dass die Auslagerung des "Know-How" Zentrums, das Werk in Traiskirchen zu einer verlängerten Werkbank machen würde. Ebenso offenbarte sich die falsche, konfliktscheue Gewerkschaftspolitik. Eine angesetzte Betriebsversammlung wurde nicht zur Planung und Vorbereitung von Kampfmaßnahmen, sondern als Werbeveranstaltung für die Abstimmung zum EU-Beitritt Österreichs missbraucht. Neben dem Continental Vorstand schworen die damaligen Politiker, wie Kanzler Vranitzky, der NÖ-Landeshauptmann Pröll und diverse ÖGB-Vertreter die Belegschaft auf ein "Ja" bei der Abstimmung ein. Kritische Wortmeldungen zur Situation bzw. Zukunft von Semperit wur-

den erst gar nicht zugelassen.

**"KOMPROMISSE" HALTEN NICHT
LANGE!**

Nach dem reibungslosen Ablauf 1994, folgte zwei Jahre später die Ankündigung einen Teil der Produktion nach Tschechien zu verlagern. Continental hatte dort aus der "Konkursmasse" des ehemaligen Ostblocks ein Werk gekauft, um noch billiger produzieren zu können. Einer ersten öffentlichen Protestwelle folgten massive Einschüchterungsversuche seitens der Konzernleitung mittels Briefen und anderen Drohgebärden an die Belegschaft. Trotzdem wäre damals ein Streik, eine Besetzung des Werks und eine Verhinderung des Abtransports der Maschinen möglich und notwendig gewesen. Die Kampfbereitschaft der Belegschaft war vorhanden und die Solidarität innerhalb der Bevölkerung zu den Semperit - Beschäftigten groß. Nach langwierigen Verhandlungen zum Teil mit der damaligen Bundesregierung wurde "nur" ein Teil der Maschinen nach Tschechien transportiert und die Beschäftigtenzahl um ca. 500 Arbeitsplätze verringert. Was aber letztendlich blieb, war wieder eine vergebene Chance, um der Konzernleitung Einhalt zu gebieten.

SEMPERIT: EIN RIESENGESCHÄFT

Der offizielle Grund war die Behauptung, dass Continental auf seinen Reifen sitzen bleiben würde. Trotzdem wurden aber gleichzeitig die Produktionskapazitäten vor allem in Ländern Osteuropas weiter ausgebaut. Und auch die Behauptung das Werk wäre nicht rentabel konnte

von Seiten der Gewerkschaft wiederlegt werden. Rechnet man/frau zu den bekannten Gewinnen von Semperit die erhaltenen Subventionen und Erlöse, die aus dem Verkauf diverser Semperit-Töchter erreicht werden konnten, ergibt das in etwa 6 Milliarden Schilling! Ein gutes Geschäft also für Continental, ein schlechtes für die Beschäftigten!

**UNTERNEHMERLOGIK ODER
WIDERSTAND**

Gewerkschaften und Betriebsräte - national und international - spielten das Spiel der Konzernleitung "Wer produziert am schnellsten und am billigsten" immer mit. So meinte angesichts der Krise von 1996 der Angestellten-Betriebsratsvorsitzende Julius Böheimer, er wolle mithelfen das Werk "Fit für 2005" zu machen und damit die Belegschaft um 20% zu reduzieren. Der "Schlüssel" zum Erhalt eines Werks bzw. jedes einzelnen

Arbeitsplatzes liegt nicht darin, sich der Unternehmerlogik zu beugen. Es wird immer jemanden geben, der billiger, schneller oder besser produziert! Ganz im Gegenteil, das "Zauberwort" heißt: Internationale Solidarität. Gerade jetzt ist neben Semperit auch noch ein Werk in Gislaved, Schweden, von der Schließung betroffen und im Stammwerk selbst, in Hannover-Stöcken, soll Kurzarbeit eingeführt werden. Ein Streik bei Semperit-Traiskirchen könnte verbunden mit einer Werksbesetzung bzw. Verhinderung des Abtransports der Maschinen ein erster Schritt hin zu einer internationalen Widerstandsbewegung sein. Natürlich ist die Situation nach den vergangenen Niederlagen, vor allem für die Belegschaft schwer. Aber durch die Urabstimmung im Herbst hat auch der ÖGB einen klaren Kampfauftrag: Die große Mehrheit der Beschäftigten in Traiskirchen beteiligten sich daran und ergab ein klares Votum für Kampf-

maßnahmen im Notfall. Und um genau so einen "Notfall" handelt es sich jetzt bei Semperit. Continental wird sich nicht durch die besten Argumente und "Rentabilitäts-Studien" seitens des ÖGB und AK überzeugen lassen!

Keine Frage, Arbeitsstiftungen sind wichtig. Es kann aber nicht im Sinn einer aktiven Gewerkschaftspolitik liegen, sich von vornherein darauf zu beschränken und der Vernichtung von Arbeitsplätzen kampfflos zu zusehen.

Die internationale Vereinigung der Continental-Betriebsräte müsste als Koordinationsgremium für internationalen Widerstand und Solidarität genutzt werden. Kampfmaßnahmen bis hin zu Streiks in Traiskirchen könnten der Auftakt zu einer Vernetzung und Bewegung der Betroffenen des Continental-Konzerns werden. Die andere Möglichkeit besteht letztlich nur darin sich von vornherein geschlagen zu geben. Wer kämpft kann verlie-

Abfertigung-"Neu"

Viel weniger Geld für mehr Betroffene!

In der Dezemberausgabe der "Kompetenz", dem MitgliederMagazin der Gewerkschaft der Privatangestellten, erschien ein Artikel des SLP-Mitglieds David Mum. Darin wird die neue Abfertigungsregelung bzw. der Vorschlag der Sozialpartner als positiv bewertet. Dieser Artikel hat auf Grund einiger Anfragen, eine Klarstellung der SLP-Position notwendig gemacht.

**MICHAEL GEHMACHER,
SLP-GEWERKSCHAFTSSPRECHER**

Wir lehnen den Sozialpartner-vorschlag zur Abfertigung ab.

Klar ist, die derzeitige Abfertigungsregelung hat einige erhebliche Nachteile. Abfertigung bekommt nur, wer mindestens drei Jahre durchgehend in einem Betrieb arbeitet. Außerdem muss das Dienstverhältnis durch eine einvernehmliche Lösung oder durch eine Kündigung seitens des Arbeitgebers gelöst werden. Laut einer Wifo-Schätzung trifft

das nur bei 12% der ArbeitnehmerInnen zu. Vor allem Saisonbeschäftigte und Menschen die selbst kündigen oder entlassen werden, fallen um die Abfertigung. Es wäre die Aufgabe des ÖGB gewesen eine Regelung zu erkämpfen, die keine drei Jahresfrist kennt. Also eine Abfertigung ab den ersten Tag, die bei jedem Ende eines Dienstverhältnisses ausbezahlt wird. Diese Regelung hätte durch eine harte Auseinandersetzung mit den Unternehmern erkämpft werden müssen.

WER BEKOMMT WAS?

Die schnelle Einigung mit der Wirtschaftskammer zur neuen Regelung wird vom ÖGB als Erfolg der Urabstimmung verkauft. Tatsächlich wäre die Urabstimmung eine Chance für eine Kampf für eine tatsächliche Verbesserung der Abfertigungs-

regelung gewesen. Der Grund für die schnelle Zustimmung der Wirtschaftskammer liegt auf der Hand. Auf längere Sicht gesehen, zahlen die Unternehmer weniger. Geld wird von der ArbeiterInnen-schaft zum Kapital umverteilt. Nach dem neuen Modell, zahlt jeder Arbeitgeber einen monatlichen Beitrag (1,5377% der Lohnsumme) in eine Abfertigungskassa ein. Diese soll mit 6% Verzinsung veranlagt werden. Bei einem Dienstgeberwechsel des Arbeitnehmers wird der einbezahlte Anteil auf die Abfertigungskassa des neuen Betriebes überwiesen. Dazu eine Rechnung des Gewerkschaftlichen Linksblocks: Bei einer ArbeiterIn mit 20.000 brutto Monatslohn, erhält diese im Falle einer Kündigung durch den Arbeitgeber nach drei Jahren, zwei Monatsentgelte also 46.600,- Schilling. Nach der

neuen Regelung erhält sie jetzt 12.852,-. Also ein massiver Einkommensverlust. Wobei sie den Vorteil hat, in den drei Jahren den Dienstgeber wechseln zu können. Im Falle der Selbstkündigung bekommt sie das Geld nicht ausbezahlt, sondern nimmt es als eine Art "Rucksack" bis zur Pension mit.

**3-SÄULENMODELL
DURCH DIE HINTERTÜR**

Hier liegt der zweite Grund für die Zustimmung der Wirtschaftskammer: Die Bürgerlichen streben statt dem jetzigen Pensionssystem ein "3-Säulenmodell" an: 1. Säule: kleine staatliche Pension, 2. betriebliche Pension und 3. private Pension. Die Abfertigung soll schrittweise in eine Betriebspension umgewandelt werden, um einen Vorwand für weitere Pensionskürzungen zu haben! Einige Arbeitnehmer-

Innen werden so auf einen hoch klingenden Betrag als Abfertigung, zum Pensionsantritt kommen. Schon bald wird die bürgerliche Propaganda beginnen: "Wer mit soviel Geld in Pension geht, braucht keine so hohe Pension aus der Sozialversicherung mehr." Tatsächlich ist die Abfertigung eine Form des Entgeltens und nicht der Pension! Auch wenn die neue Regelung für Einige eine geringfügige Verbesserung bringt, unterm Strich ist die Bilanz negativ! Durch diesen faulen Kompromiss hat uns die Gewerkschaftsführung, die Chancen auf eine echte Abfertigungsreform genommen. Würde der ÖGB seine Beschlüsse ernst nehmen, und das Ergebnis der Urabstimmung respektieren müsste er längst zu kämpfen beginnen.



Sozialistischer Widerstand

Am Samstag, dem 15. Dezember 2001, wurde eine neue Jugendorganisation gegründet - International Socialist Resistance (ISR). Etwa 500 Jugendliche aus 13 Ländern nahmen am Gründungskongress im Anschluss an die Demonstrationen zum EU-Gipfel teil. Das Wochenende stand unter dem Eindruck der Proteste gegen das Europa der Banken und Konzerne und ihrem imperialistischen Feldzug gegen Afghanistan. Die österreichweite Gründung von ISR - Sozialistischer Widerstand International - findet im Frühjahr dieses Jahres statt. Bis dahin liegt aber noch ein weiter Weg vor uns.

**PABLO HÖRTNER,
SLP-WIEN WEST**

Von Katar und Indonesien über Götterborg und Genua bis Seattle und Argentinien kranken die Proteste gegen den Kapitalismus an einem: Es fehlt eine organisierte Alternative. Die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie, der Zusammenbruch des Stalinismus und das so entstandene politische Vakuum haben entscheidend dazu beigetragen. Zur Zeit sehen wir international eine Neuformierung einer sozialen Bewegung von ArbeiterInnen und Jugendlichen. Sie steht aber erst am Anfang und eine ihrer zentralen Schwächen ist ihre ideologische Schwäche.

GLOBALISIERTE PROTESTBEWEGUNG AM SCHEIDEWEG

Die Proteste in Seattle sind bereits zwei Jahre her und die meisten AktivistInnen haben bemerkt, dass "Summit-Hopping", also das Wandern von einem Gipfel zum anderen, allein nicht zum Ziel führt. Die meisten haben auch kein klares Ziel vor Augen. Das "Dagegen-Sein" wird meist ebenfalls eher schwammig formuliert. Der Wegfall der Systemalternative im ehemaligen Ostblock einerseits und die jahrzehntelange Diskreditierung des Sozialismus durch Sozialdemokratie und Stalinismus hat auch eine Alternativlosigkeit mit sich gebracht. In der Bewegung findet das seinen Ausdruck in der Verbreitung reformistischer Gedankenguts durch hauptsächlich kleinbürgerliche Intellektuellen. Sie schüren den Glauben an die Reformierbarkeit hin zu einem Kapitalismus mit menschlichem Antlitz, indem sie sich die Unsicherheit und Perspektivlosigkeit der meisten AktivistInnen zu Nutze machen. Sie argumentieren auf einer rein moralischen Ebene und appellieren an die Herrschenden, doch bitte nicht so gierig zu sein und einige Korrekturen am System vorzunehmen. Am meisten Prominenz hat hier das Netzwerk ATTAC erhalten.

DIE ROLLE VON ATTAC

Gegründet als klar reformistisches Projekt, das auch

Konservative in sich vereint, ist es - vor allem in Frankreich und Deutschland - ein Sammelbecken für anradikalisierte Jugendliche. Sie sind großteils zum ersten Mal mit der Bewegung in Berührung gekommen und wollen selbst aktiv werden. Viele AktivistInnen haben in ATTAC ihre politische Heimat gefunden, weil sie ihnen das Gefühl gibt, endlich die Zukunft in die eigene Hand nehmen zu können. Schließlich ist sie eine bedeutende Organisation mit vielen Mitgliedern und guten Kontakten "in die hohe Politik". Die AktivistInnen an der Basis gehen mit ihren Forderungen meist viel weiter als ihre KollegInnen an der Spitze von ATTAC, die im Parlament sitzen,



Gründungskonferenz von ISR am 15. Dezember in Brüssel*

an Universitäten unterrichten oder in bürgerlichen Medien publizieren. Es haben sich aber ihre Positionen in der Vergangenheit immer gegen jene der Basis durchgesetzt. Es gibt recht gute Einzelforderungen von ATTAC - zum Beispiel gegen Privatisierung oder das Bilden von Pensionsfonds und damit dem Verabschieden des Staates aus der Pension. Insgesamt bestärken die offiziellen Papiere von ATTAC aber im Moment die Illusionen in eine Reformierbarkeit des Kapitalismus. Allerdings sind zunehmende Diskussionen über neue Alternativen und Ausrichtungen innerhalb von ATTAC im Gange. In Österreich ist der Rechtsruck von ATTAC wohl am stärksten zu spüren. Die "Demokratische Offensive" - gegründet 1999 als Reaktion auf den Wahlsieg der FPÖ und die drohende blauschwarze Koalition - ist heute

genauso tot, wie "SOS-Mitmensch". Viele ihrer führenden Persönlichkeiten zogen sich bereits wieder zurück. Andere, die frustriert waren über die Früchte ihrer eigenen Arbeit, sind heute bei ATTAC gelandet. Ihre Positionen hinken denen ihrer KollegInnen in anderen Ländern weit hinterher. Am stärksten zeigt sich das im Sozialstaat-Volksbegehren und den hier in den Kapitalismus geschürten Illusionen. Stellen wir dem nicht aktiv eine kämpferische und lebendig Alternative entgegen, dass die globalisierte Protestbewegung in Österreich bald da steht, wo Organisationen wie die "Demokratische Offensive" die Bewegung gegen

Schwarzblau hingebraucht haben.

AN WEN RICHTET SICH SWI?

Die Initiative zur Gründung von International Socialist Resistance geht auf das "Committee for a Workers' International" (KAI/CWI) zurück. In Österreich hat die SLP als Sektion des CWI "Sozialistischer Widerstand International (SWI)" ins Leben gerufen. Die Sozialistische Linkspartei hat bereits unter dem Motto "Widerstand international" gegen den WEF-Gipfel im Juli 2001 in Salzburg mobilisiert. Damals zwar noch als Kampagne der SLP aber trotzdem war es der erste, richtige Schritt in Richtung einer neuen Organisation, für alle jene, die für eine Alternative zum Kapitalismus aktiv werden wollen. Viele Jugendliche stehen nicht mehr unter den Eindrücken des "Triumphzuges" des Kapitalismus nach dem Zusammenbruch



Transparent von ISR in Brüssel: IV (Belgien) WI (Deutschland) RI (Belgien, Frankreich) ISR (International)

des Ostblocks uns sind wieder an sozialistischen Konzepten interessiert. Für viele wird aber der Schritt von einer Zusammenarbeit mit der SLP hin zu einem Beitritt noch zu groß sein. Für andere wiederum mag vielleicht das Programm oder das hohe Maß an Aktivität der SLP ein Hindernisgrund sein. Mit dem Schritt zur Gründung einer neuen internationalen Organisation wollen wir der momentan vorherrschenden Alternativlosigkeit entgegenzutreten und für die vielen offenen Fragen konkrete sozialistische Antworten bieten. Es geht darum, die Idee des Sozialismus wieder ins Bewusstsein der Jugendlichen und ArbeiterInnen zu bringen und eine Organisation zu schaffen, welche die globalisierte Protestbewegung vorantreiben kann, anstatt tatenlos zuzusehen, wie diese sich zunehmend in eine Sackgasse bewegt. Eine Entschuldungskampagne, der Kampf um demokratische Rechte für alle und die Proteste gegen die Einschränkung des freien Bildungszugangs für alle und für Sozialstaatlichkeit werden dieses System nicht ändern und wahrscheinlich auch nicht unmittelbar zum gewünschten Erfolg führen. Es gilt, den gesamten Kapitalismus in Frage zu stellen und nicht nur einige Symptome. Nur mit einem konsequent sozialistischen Programm werden wir einen Ausweg aus der kapitalistischen Gesellschaft der Armut, Unterdrückung und Ungleichheit finden. Denn der Kapitalismus kann sich auf Dauer kein menschliches Antlitz leisten. Er kann es nicht um den Preis seines Untergangs. Es ist wichtig, das Level der globalisierten Protestbewegung zu heben, so dass wir die besten KämpferInnen für den Kampf einer sozialistischen Gesellschaft und den Aufbau einer neuen Kampfpartei der ArbeiterInnen, MigrantInnen, der Jugend und Frauen gewinnen können.

VERÄNDERUNGEN ZU DEN 90ERN

Die Neunziger, wie schon oft erwähnt, waren geprägt von einem durch den Fall des Stalinismus eingeleiteten Rück-

fall des politischen Bewusstseins. Unsere Antwort darauf war Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE), die vor allem im Antifa-Bereich aktiv war. Über den Aufbau einer neuen Jugendbewegung wollten wir eine Politisierung erreichen und so einen entscheidenden Teil am Neuaufbau der ArbeiterInnenbewegung. Leo Trotzki bezeichnete dies als die doppelte Aufgabe - die Verankerung des Sozialismus in den Köpfen und Herzen auf der einen Seite und der Aufbau einer revolutionären Vorhut auf der anderen. 1995 und 96 folgten die zwei großen Sparpakete, die unter anderem den Bildungsbereich trafen. Damals haben erneut GenossInnen der heutigen SLP die SchülerInnenAktionsplattform (SAP) zum Kampf gegen Sozial- und Bildungsabbau gegründet. Der wesentliche Unterschied zwischen SWI und der SAP ist die programmatische Grundlage. 1995 wurden Jugendliche meistens aktiv, weil ein spezielles Thema sie politisiert hatte. Oft war das die Frage der Kürzungen im Bildungsbereich oder Antifa-Themen. Die Proteste richteten sich vor allem auch gegen die regierende SPÖ. Neben der oben angesprochenen Verschiebung der Politisierungspunkte gaben uns auch die SchülerInnenproteste, die in dieser fast kampflösen Zeit bei weitem die stärksten Mobilisierungen waren, mit unserer Orientierung auf SchülerInnen recht. Das Vakuum war im SchülerInnenbereich ähnlich groß wie in den meisten anderen Bereichen. Die Aktion Kritischer SchülerInnen (SPÖ) war zu dieser Zeit am Boden - ideologisch ebenso wie organisatorisch. Durch unsere Stärke in diesem Bereich war es auch unsere Verantwortung, das Vakuum zu füllen, und es ist uns nicht schlecht gelungen. Wir waren die bei weitem stärkste linke Kraft im SchülerInnenbereich. Seitdem hat sich einiges in der politischen Landschaft Österreichs getan. Auch heute werden Jugendliche noch z.B. auf Grund von Bildungsabbau aktiv. Aber sie stellen sich sehr schnell die Frage, ob es nicht am System liegen könnte. Verstärkt wird dieses

Phänomen durch die momentane Regierung. Hier wird beispielsweise Rassismus meist nicht mehr als ein "Ausrutscher" des Systems betrachtet, sondern als integraler Bestandteil.

SchülerInnen-Arbeit wird auch in Zukunft ein Teil von SWI sein. SWI bietet hier die Möglichkeit, ein weitergehendes Angebot zu formulieren. Wir werden die Aktionen, die wir schon bisher im Schulbereich gemacht haben, fortsetzen, aber sie auf eine politischere Basis setzen, und auch in anderen Bereichen, z.B. mit jungen ArbeitnehmerInnen oder Studierenden, Kampagnen führen.

WIE WEITER IM NEUEN JAHR?

Im Augenblick befinden sich alle drei großen Wirtschaftsblöcke NAFTA, EU und ASEAN zeitgleich in der Rezession. Weltweit wird die Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr um 50% ansteigen. Der Kapitalismus ist ein krisenhaftes System; auch der ideologische Triumph der Neunziger hat das nicht ändern können. Wie der Kapitalismus aus dieser Krise kommen kann, ist kaum abzusehen. Klar ist nur eines. Es werden Jugendliche und ArbeiterInnen sein, die als erste zahlen müssen. Sei es in Form neuen Sozialabbaus, sei es durch Kriege. Dass die Bürgerlichen selbst dagegen Widerstand erwarten, zeigt der weltweite Ausbau der Repressionsapparate. Der Krieg in Afghanistan hat zumindest in den USA der globalisierten Protestbewegung einen schweren Schlag versetzt. Nicht nur sind viele dem US-amerikanischen Chauvinismus und Triumphgeschrei verfallen, es wurde auch nicht geschafft, den vehementen Attacken seitens des Kapitals gegen die Bewegung entgegen zu treten. In Britannien und den USA wurde ein Gesetz verabschiedet, das es dem Staat erlaubt, alle unerwünschten Personen ohne Angabe von Gründen vorübergehend aus dem Verkehr zu ziehen. Der Umgang mit der "Volxtheaterkaravane", das Verbot seitens der Polizei, in Salzburg gegen das Weltwirtschaftsforum zu demonstrieren, das Einkesseln Hunderter von DemonstrantInnen über

Widerstand International

mehr als 6 Stunden, das 15stündige Festhalten von österreichischen AktivistInnen auf dem Weg nach Genua, aber vor allem die Schüsse in Götheborg und Genua sowie die Debatte um "Fingerprints" machen den verzweifelten Versuch der Herrschenden, diese Bewegung durch Kriminalisierung zu Fall zu bringen, deutlich. Wir werden in eine Schublade mit dem reaktionären Multimillionär Usama Bin Laden und anderen früheren Verbündeten der USA gesteckt. Haider machte es klar: Die Verantwortlichen für die Anschläge auf das WTC am 11. September vergangenen Jahres können nur in den Reihen der "Globalisierungsgegner" zu finden sein. Aber anstatt aufzuzeigen, dass die Gewalt vom Staat ausgeht, ließen sich viele einschüchtern und zogen sich aus der Bewegung zurück. Es wird immer Rückschläge geben, doch es ist essentiell, will eine Bewegung erfolgreich sein, aus diesen zu lernen und sich ihnen nicht einfach zu beugen!

Entscheidend ist für uns, dass wir die globalisierte Protestbewegung in der gegenwärtigen Lage, in der sie auf zum ersten Mal (seit 1999) auf eine Weltwirtschaftskrise trifft, sie einen bedeutenden Schritt vorwärts zu bringen. Schaffen wir es nicht, die antikapitalistische und Antikonzern-Stimmung zu bündeln und dem Kapitalismus und seiner weltweiten Krise so zumindest auf ideologischem Gebiet etwas entgegenzusetzen, könnte dies das Ende der Bewegung sein.

IMPERIALISMUS UND REVOLUTIONÄRE PERSPEKTIVE

Der Kapitalismus befindet sich nach wie vor in seinem höchsten und letzten Stadium, gekennzeichnet vor allem durch 3 Faktoren: 1. Wachsende Monopolbildung und Konkurrenz und ein Beherrschen der Weltmärkte durch das Finanzkapital der Banken und Konzerne - daher der Ausdruck Monopolkapitalismus 2. Die Aufteilung der Welt und der Binnenmärkte durch die Kapitalisten untereinander, wie wir es anhand der großen Wirtschaftsblöcke beobachten können. 3. Verschärfung der Widersprüche und Krisen, Ausbrüche von Kriegen. Lenin analysierte diese Faktoren in seinem Werk "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus". Es wird darin klar, dass der Kapitalismus sich bereits seit Jahrzehnten in einer Phase des Verfalls befindet. Die Konflikte sowohl zwischen den Großmächten untereinander, die alle um ihre Einflussphären kämpfen, als auch zwischen den Kapitalisten und dem Proletariat nehmen zu. Doch wir glauben nicht an den

automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus. Das Resultat daraus wären nur noch mehr Elend und Barbarei und nicht ein weltweites Gesellschaftssystem, das auf sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit aufbaut anstatt auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. So eine Gesellschaft muss aktiv von uns erkämpft werden, sie fällt nicht so vom Himmel.

Der Neo-Kolonialismus und Parasitismus der entwickeltesten kapitalistischen Länder über die so genannte "Dritte Welt" spielt für den Imperialismus eine entscheidende Rolle. Lenin schreibt:



CWI-Block bei der Demonstration in Brüssel am 14. Dezember*

"Typisch für diese Epoche sind nicht nur die beiden Hauptgruppen von Ländern - die Kolonien besitzenden und die Kolonien selber -, sondern auch die verschiedenartigen Formen der abhängigen Länder, die politisch, formal selbständig, in Wirklichkeit aber in ein Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit verstrickt sind." Und weiter: "Der Kampf um diese halbabhängigen Länder musste begreiflicherweise besonders akut werden in der Epoche des Finanzkapitals, als die übrige Welt bereits aufgeteilt war." In Südkorea, den Philippinen und Indonesien, in Mexiko, Venezuela und Ecuador, ebenso wie in den Aufständen und BürgerInnenkriegen in Afrika und im Nahen Osten sehen wir, was diese Länder für Potential in sich bergen. In Argentinien werden Personen von der Polizei ermordet, weil sie die Supermärkte plündern, um im wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht zu verhungern. Massendemonstrationen der "Urban Poor", der IndustriearbeiterInnenschaft, der Jugend und breiter Teile des Mittelstandes, der nach und nach ins Heer der Arbeitslosen abrutscht und so die andere Seite der Vorzeigewirtschaft Argentinien kennen lernen, machten aus der politischen und wirtschaftlichen Krise des Establishments eine revolutionäre Situation, in die sie aktiv eingreifen.

Wir können sogar die Bildung embryonaler Formen von ArbeiterInnenräten - so genannter Sowjets - erwarten, wie wir sie

jüngst in Albanien, Serbien und Ecuador beobachtet haben. Selbstverteidigungskomitees könnten sich gegen die Angriffe der Polizei gründen. Die Nahrungsmittel müssen verteilt werden und diese Verteilung bedarf einer demokratischen Kontrolle. Effektiv kontrollieren lässt sich nur, was einem gehört. Darum führt an der Enteignung der Großunternehmen und der demokratischen Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung letztendlich kein Weg vorbei.

Nur eine klare sozialistische Perspektive eingebettet in eine unabhängige Klassenpolitik kann

einen solchen Sieg garantieren. Momentan fehlt es überall auf der Welt an einer kämpferischen Alternative, die schlagkräftig in die Kämpfe eingreift und die Massen für eine solche Politik gewinnt. Eine solche Partei gilt es erst aufzubauen, in Österreich und weltweit - dieses Ziel haben sich das CWI und die SLP gesetzt. ISR wird diese Organisation nicht sein und wir können eine solche auch nicht aus dem Boden stampfen. Aber überall da, wo sich Kämpfe auftun, versuchen wir, in diese zu intervenieren, ihren AktivistInnen eine klare Perspektive zu geben und diese mit unserer tagtäglichen Arbeit zu verbinden. Für uns ist die koloniale Frage nicht von der sozialen Frage zu trennen. ISR ist keine europazentrierte Organisation. Die "Dritte Welt" ist keine abstrakte Frage. Bereits in der Vorphase der Gründung von ISR in Brüssel wurden wir von Jugendlichen aus Indonesien, Polen und Portugal kontaktiert, die an unseren Ideen und Kampagnen interessiert waren. Es wird schwer sein, dass alle an allen Treffen teilnehmen. Nicht nur wegen der schwierigen finanziellen Situation, sondern auch wegen Problemen mit Visa, mangelnder Zeit und Ähnlichem. Auf dem Gründungskongress in Brüssel gab es deshalb eine Liveschaltung zu einem Mitglied von ISR in Kaschmir, was das Gefühl der internationalen Solidarität im ganzen Saal noch stärker werden lässt.

SWI AUFBAUEN!

SWI existiert in Österreich schon seit einiger Zeit. Wir hatten in dieser Zeit Veranstaltungen zur Friedensbewegung (Vietnam; 2. Weltkrieg/Russland), Weltwirtschaft, EU-Gipfel in Brüssel, zum Krieg in Afghanistan und zu den Auswirkungen der momentanen Lage speziell auf ImmigrantInnen. Vertreten waren neben internationalen Gästen auch AktivistInnen der ImmigrantInnenorganisation "Bunte Liste - Demokratie für Alle". Gipfeltreffen mittels Demonstrationen zu stören ist



Gewerkschaftskontingent in Brüssel*

gut und wichtig, aber nicht genug. Der richtige Weg ist, mit Massenaktion Gegenmacht auszuüben. Das heißt neben Demonstrationen vor allem auch Streiks. Diese Aktionsformen sind viel eher dazu angetan, sich zu verbreiten, und können auch einerseits reale Macht gegen die Polizeiwilkkür ausüben und andererseits einen Gipfel wirklich verhindern, da die GipfelteilnehmerInnen wegen Streik weder bekoht werden noch elektrischen Strom haben. In Anbetracht der Niederlagen der letzten zwei Jahre in Österreich ist es unwahrscheinlich, dass es hierzulande in den nächsten Monaten zu einer neuen Protestbewegung kommt. Daher wird unsere Aufgabe sein, erstens mit SWI die Grundlage für eine solche Bewegung zu schaffen und zweitens in einer Gründungskampagne rund um ein konkretes Thema, wie bereits durch die JRE und die SAP in den 1990ern und im Wahlkampf der SLP in Wien 2001 im Kleinen zu zeigen, was im Großen möglich wäre. Das Ziel ist, die globalisierte Protestbewegung mit den Kämpfen der ArbeiterInnenklasse zu verbinden und die Idee des Sozialismus zu verbreiten.

Auf dieser Grundlage haben wir auch stets versucht, die Jugend zu mobilisieren. Wir haben der Demo gegen Studiengebühren im Oktober vergangenes Jahr eine klare Antikriegsausrichtung gegeben und im Anschluss daran versucht, einen Schulstreik gegen den Krieg zu initiieren, um so die Antikriegsbewegung in

Österreich aufzubauen. Wegen der Schwäche des subjektiven Faktors und dem Versagen der traditionellen (Jugend)Organisationen ist es dazu nicht gekommen. In Berlin haben es unsere GenossInnen aber geschafft, mit "Widerstand International" (der deutschen Sektion von ISR) einen Schulstreik mit 5.000 TeilnehmerInnen zu organisieren. 2.500 Menschen auf der Demo gegen ein EU-Treffen in Gent (Belgien) sind ein weiteres Beispiel für die bisherige Aktivität von ISR. Auch unsere Arbeit in der Vorbereitung der

geht. SLP-GenossInnen werden Vorschläge einbringen und die Ideen, die die SLP vertritt, auch als "SWI'lerInnen" in SWI einbringen und versuchen, andere Menschen davon zu überzeugen. SLPlerInnen werden sich nicht verstecken, aber wir werden auch akzeptieren, wenn wir mit unseren Ansichten in der Minderheit sind. SWI ist eine Initiative der SLP. Wir freuen uns über jedeN, die oder der auf Grundlage der ISR-Gründungserklärung in SWI mitarbeiten möchte. In erster Linie aber richtet es sich an noch nicht organisierte Menschen. Denn es ist wichtig, mehr Menschen zu organisieren und nicht nur die, die schon organisiert sind, zusammenzuschließen.

DIE NÄCHSTEN SCHRITTE

Der Gründungskongress in Brüssel hat sich vorwiegend mit folgenden Fragen beschäftigt: Ausbeutung, Kolonialismus, Krieg und Terrorismus; Programm, Name, Struktur; Arbeitskreise zu Bildung, Umwelt, Jugendrechte, anti-kapitalistische Kampagnenarbeit. In Österreich war bis jetzt die größte Schwäche unserer Arbeit, dass wir auf Wien beschränkt waren. Dies ist ein Problem der gesamten österreichischen Linken. Im April wird daher ein bundesweiter Gründungskongress stattfinden. Wir haben bereits Kontakt mit Jugendlichen in verschiedenen Städten Österreichs. Die Vorbereitungen zu den Gipfelprotesten gegen das Weltwirtschaftsforum in Salzburg im September dieses Jahres bieten hier eine gute Ausgangslage.

Unsere erste internationale Kampagne nennt sich "Save Free Education Campaign" und baut in erster Linie auf unseren Erfolgen im Kampf gegen Studiengebühren in Britannien, dem Schulstreik gegen die blauschwarze Regierung im Februar 2000 und ähnlichen Aktionen auf.

Erster Schwerpunkt ist ein europäischer Aktionstag gegen Privatisierung am 23. Mai 2002. Wir werden versuchen bis dahin auch einen europäischen Schulstreik zu organisieren, wie er ursprünglich für den 14. 12. 2001 geplant gewesen war und für dessen Scheitern letztlich das Fehlen

Proteste in Götheborg, an der wir aktiv beteiligt waren, unsere Intervention in Genua und zu guter Letzt die Proteste in Brüssel zeigen, wir ernst wir die Bewegung nehmen. Nichts desto trotz war unsere Kampagne SchülerInnen gegen den Krieg auch in Österreich ein Erfolg. An der Schule "Wiedner Gürtel" war dieser Erfolg scheinbar so groß, dass den SchülerInnen durch den Direktor verboten wurde, nach Brüssel mitzufahren und Innenminister Strasser wurde in die Schule eingeladen, um SchülerInnen einzuschüchtern, Strafmaßnahmen wurden angedroht.

SWI ist nicht einfach eine Kampagne der SLP. Alle haben ein demokratisches Mitbestimmungsrecht darüber was wie getan werden soll. Führende Gremien werden von den AktivistInnen selbst gewählt. Insbesondere Minderheitsmeinungen sollen in allen Gremien vertreten sein. Wir hoffen, dass SWI-Österreich bald so groß ist, dass es weit über die jetzigen SLP-GenossInnen hinaus

SWI steht für:

- ★ Privatisierungen und Sozialabbau stoppen!
- ★ Abschaffung aller Schul- und Studiengebühren. Freier Bildungszugang für alle!
- ★ Für einen angemessenen Mindestlohn & Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn
- ★ Nein zu NATO und Euroarmee. Kürzt Militärausgaben jetzt!
- ★ Verteidigen wir demokratischer Rechte gegen staatliche Repression.
- ★ Kampf der Diktatur des Marktes. Für die Vergesellschaftung der Multis, der wichtigsten Firmen und der Banken.
- ★ Kämpfen wir gemeinsam für eine sozialistische Welt ohne Terror, Krieg und Ausbeutung!

Tschechien und Österreich:

Temelin? Rassismus und Revanchismus!

In der "Zwentendorfer Erklärung" vom 22.7.2001 reiht die FPÖ ihre Vorbehalte zur EU-Osterweiterung nach folgenden Prioritäten: Erstens der "Massenansturm von Arbeitsuchenden", zweitens die AVNOJ-Beschlüsse oder die Benes-Dekrete und drittens die Atomkraftwerke der Beitrittswerber. Hinter dem Spiel mit der Atomangst und den Veto-Drohungen gegen Tschechien stecken also offensichtlich auch andere Motive. Sie heißen Rassismus und Revanchismus.

JOHN EVERS,
SLP WIEN-NORD

Tschechen als Feindbild, das hat in Österreich Tradition. "Die Behm", wurden je nach Lust und Laune, als "Volk von Dienern, Musikanten, Dieben und Schlitzohren" bezeichnet. Oder von Verrätern, die den Zerfall der Monarchie verschuldet hätten. Tschechen als Feindbild heute: Ein grenznahe Atomkraftwerk, das in der Gefährlichkeitsskala hinter 30 anderen AKWs darunter sechs deutschen liegt. Ein tschechischer "Massenansturm - der nicht stattfindet (im Gegensatz zum regelmäßigen "Massenansturm" österreichischer Einkaufstouristen). Und schließlich das heute wichtigste Thema des antitschechischen Chauvinismus: die Benesdekrete. Die Forderung nach tschechischen "Reparationszahlungen" für Sudetendeutsche, gehört quasi zum Standard-repertoire des deutschen und österreichischen Rechtsextremismus. Nicht selten verbergen sich gleich dahinter Gebietsansprüche "für Deutsche" - wie sie im Laufe der Jahre z.B. immer wieder von FPÖ-Politikern erhoben wurden. Gründe genug für SozialistInnen sich offensiv mit der Thematik auseinander zu setzen.

BENESDEKRETE: AUFARBEITUNG STATT AUFRECHNUNG

Mit den Benesdekreten werden die Maßnahmen der tschechischen Regierung unter dem bürgerlichen Politiker Eduard Benes bezeichnet, die bis Ende 1946 zur Aussiedlung und Enteignung von rund 2,9 Millionen Sudetendeutschen führten. Diese Maßnahmen betrafen alle Deutschen,

sofern sie unter der Nazi-Okkupation nicht aktiv "für die Wiedererrichtung der Tschechoslowakei" gekämpft hatten. Jede Aufrechnung zwischen Naziopfern und diesen Vertreibungen ist zynisch. Die damaligen Ereignisse können nur als Folge der Orgie von Rassismus, Krieg und Gewalt die der Faschismus in Europa verbreitete, begriffen werden.

DIE TSCHECOSLOWAKEI UNTER DEM HAKENKREUZ

Der deutsche Faschismus bedeutete für die TschechInnen: Die Ermordung von 235.000 Männern, Frauen und Kindern darunter 80.000 JüdInnen; insgesamt wurden 350.000 Menschen in Konzentrationslager deportiert, das Land schrittweise besetzt und zerstückt. Eröffnet wurde diese Entwicklung durch das Münchner Abkommen 1938, mit dem die französische und britische Regierung die Tschechoslowakei unter Druck setzte, die überwiegend deutschsprachigen Teile des Landes an Hitlerdeutschland abzutreten. 1939 wurde schließlich Böhmen und Mähren deutsches "Protektorat", die Slowakei ein klerikal-faschistischer Satellitenstaat. Die Denkschriften des Protektorats aus dem Jahre 1940 zeichneten ein Zukunftsbild der totalen Vernichtung: Erstens die Umvolkung der rassistisch geeigneten Tschechen, zweitens die Aussiedlung von rassistisch unverdaulichen Tschechen und der reichsfeindlichen Intelligenzschicht bzw. Sonderbehandlung dieser und aller destruktiven Elemente und drittens die Neubesiedlung des dadurch freigewordenen Raumes mit frischem deutschem Blut. Bevor diese

Pläne endgültig umgesetzt werden konnten, "befreite" die rote Armee das Land.

DIE ROLLE DER SUDETENDEUTSCHEN

1995 stellte ein tschechisches Gericht die Rechtsgültigkeit der Benesdekrete fest, weil die "absolute Mehrheit" der Sudetendeutschen dem deutschen Faschismus und damit Hitler keinen aktiven Widerstand entgegengesetzt hatte. Das ist richtig. Noch schwerer wiegt der Umstand, dass 1935 68 Prozent der Deutschen im tschechischen Landesteil für die Sudetendeutsche Partei unter dem Nationalsozialisten Konrad Henlein votierten. Die Zerschlagung der Tschechoslowakei war von Beginn an ein erklärtes Ziel der Nazis gewesen. Die Gewinnung der Mehrheit der Sudetendeutschen für den Faschismus, spielte dabei sicherlich eine Schlüsselrolle. Entscheidend ist aber für uns die Frage, warum nur 15 Jahre vorher die beiden linken Parteien der ArbeiterInnenklasse 50 Prozent der Stimmen der deutschsprachigen Minderheit auf sich vereinen konnten.

VERSAGEN DER ARBEITERINNENBEWEGUNG

Die Niederlage der sozialistischen Revolution im Europa nach dem ersten Weltkrieg, bedeutete auch die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für die Menschen deutscher (und ungarischer) Muttersprache in der neugebildeten "Tschechoslowakei". Die offizielle Minderheitenpolitik der Tschechoslowakei war zwar am damaligen "Standard" gemessen relativ milde. Sie setzte aber trotzdem auf Assimilierung und zunehmend auch auf nationalistische Reflexe. Auch der Großteil der ArbeiterInnenbewegung blieb entlang sprachlicher Linien organisiert. Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise traf

Aus der Vertreibung der Sudetendeutschen versuchen Rechts-extremisten bis heute Kapital zu schlagen.



besonders die hochindustrialisierten Gebiete der deutschen Bevölkerungsgruppe. Die bei weitem stärkste Partei der Sudetendeutschen die Sozialdemokratie kämpfte nicht aktiv für eine sozialistische Alternative zu Krise, Nationalismus und Faschismus. Weder die Führung der tschechischen, bzw. deutschen Sozialdemokratie, noch die kommunistische Partei strebten die Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront tschechischer und deutschsprachiger ArbeiterInnen an. Sozialdemokratie und KP setzten in den 30er Jahren zunehmend auf ein Bündnis mit dem tschechoslowakischen Staat und dessen Bourgeoisie als Bollwerk gegen Hitler. Doch daran war weder dieser Staat, noch die tschechische (oder gar deutschsprachige) Bourgeoisie interessiert: Kampflös kapitulierten die tschechoslowakischen Regierungen schließlich vor den Nazis. Bereits vor dem endgültigen "Aus", wurde die einzige multiethnische Partei die kommunistische Partei aufgelöst. Auch Demonstrationen der Wehrorganisation der deutschsprachigen Sozialdemokratie gegen den Faschismus waren verboten worden. Die ArbeiterInnenbewegung hatte auf diese Weise offensicht-

lich versagt. Massiv propagandistisch und finanziell von Hitlerdeutschland unterstützt fand der Nationalsozialismus so ein weites Betätigungsfeld vor, um seine Anhänger zu rekrutieren.

KAMPF DEM REVANCHISMUS

Die Position von FPÖ und rechts-extremen Landsmannschaften zu den Benesdekreten haben vor allem einen Zweck: Die Verharmlosung von NS-Verbrechen und damit die Entlastung der Täter die sich zahlreich unter den Sudetendeutschen befanden. Gerhard Zeihel, Vorsitzender der österreichischen Sudetendeutschen, erklärt ganz offen: "Wie die Nürnberger Rassen-gesetze durch die Niederlage Deutschlands aufgehoben werden mussten, müssen auch die Benesdekrete fallen." Im Gegensatz zu solchen Ansagen steht eine marxistische Position: Nicht die Abrechnung mit dem Faschismus und der Kollaboration nach 1945 war das Problem, sondern ihre politische Basis. Die stalinistische Bürokratie, betrieb im "Volksfront"-Bündnis mit den bürgerlichen tschechischen Politikern diese Abrechnung auf nationalistischer Grundlage. Auch nach dem Sturz des Kapitalismus in der Tschechoslowakei Ende der 40er

Jahre wurde die deutsche Kollektivschuldthese nicht zugunsten einer internationalistischen Position grundsätzlich verworfen. Diese These blendet(e) sowohl Aspekte der tschechischen Kollaboration, wie auch des Widerstands (40.000 Sudetendeutsche saßen im KZ) aus. Die Warnung einer trotzkistischen Zeitung aus dem Jahre 1946 scheint angesichts der wieder aufgeflammt Debatten hoch aktuell: "Gerade die Behandlung des deutschen Volkes nach dem Grundsatz der Kollektivschuld gibt den verkappten Faschisten neue Möglichkeiten, in trüben nationalistischen Gewässern zu fischen. Das umso mehr, als logischerweise der Schuldanteil der wirklich schuldigen Nazis vermindert und sie die Aussicht haben der gerechten Strafe zu entgehen, wenn das gesamte deutsche Volk schuldig ist." Die Aufarbeitung der damaligen Ereignisse ist nicht einfach eine tschechische, österreichische oder sudetendeutsche Frage. Sie betrifft die ArbeiterInnenklasse beider Staaten, und beginnt für uns mit Frage nach der Rolle der "eigenen" herrschenden Klasse während der Zeit von Faschismus und Krieg.

Keine Abo-Karte mehr?



Abo per Telefon bestellen:
01/524 63 10

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

Die SLP-Treffpunkte:

WIEN-WEST: Jeden Di. um 19.30 Uhr Club International, 16., Payerg. 14
WIEN-SÜD I: Jeden Dienstag um 20 Uhr Bunte Kuh, 5., Zentag./Siebenbrunneng.
WIEN-SÜD II: Jeden Mi. um 19 Uhr Schlupfwinkel, 4., Kleine Neugasse
WIEN-MITTE: Jd. Mittwoch um 19 Uhr Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
WIEN-NORD: Jeden Freitag, 19.30 Uhr "Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38
SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN: Jeden 1. Montag im Monat, 19.00 Cafe Paganini, 9, Althanstr. 11-13
SLP-FRAUEN: (nur für Frauen) Termine auf Rückfrage

Die SWI-Treffpunkte:

SWI I: Jeden Montag um 19.30 Uhr Grünes Lokal; 6, Eckertg./ Ecke Dürerg.

Die SLP-Veranstaltungen im Jänner:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.

14. JAN.: „SEMPERIT - GIBT ES NOCH EINE CHANCE?“

SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN

XX. JAN.: „YY“ SLP-WIEN-SÜD

XX. JAN.: „YY“ SLP-FRAUEN

XX. JAN.: „YY“ SLP-WIEN-MITTE

XX. JAN.: „YY“ SLP-WIEN-WEST

25. JAN.: „ARGENTINIEN - EIN LAND IN AUFRUHR“ SLP-WIEN-NORD

Demonstrationen & Aktionen:

JEDEN DONNERSTAG: Demonstration gegen Blau-Schwarz, jeweils 19 Uhr, Ballhausplatz

SRI LANKA BLUTIGE WAHLEN

Die Wahlen vom 5.12.01 waren die blutigsten der Geschichte. Es gab Tote. 80.000 konnten aus Sicherheitsgründen nicht wählen, 40.000 Stimmen wurden wegen Einschüchterung für ungültig erklärt. Die "United Socialist Party", USP, die srilankesische Schwesterpartei der SLP, ist bei diesen Wahlen mit 126 KandidatInnen in 9 Wahlkreisen angetreten. Das sozialistische Programm der USP beinhaltet das Recht auf Selbstbestimmung für die Tamilen. Sie kandidierte auch im nördlichen Teil des Landes und

Neues aus dem CWI

produzierte Flugblätter und Plakate in Singalesisch und Tamilisch. Die Linke insgesamt hat aufgrund ihrer falschen Politik, bezüglich der Nationalen Frage und des mangelnden Widerstandes gegen die neoliberale Weltbankprogramme verloren - die KP alle ihre Parlamentssitze (die sie seit 1947 hatte) und auch die LSSP konnte nur einen Sitz erringen. Das Ergebnis der USP kann sich mit 9457 Stimmen als landesweit immerhin zehntstärkste Partei sehen lassen.

ENGLAND & WALES SOCIALIST ALLIANCE

In den 90er Jahren erkannte die britische Schwesterpartei der SLP, die jetzige Socialist Party SP, dass die Labour Party (LP) gänzlich verbürgerlicht war. Die SP gründete die Socialist Alliance (SA) um ein Bündnis zu schaffen, das für Linke, kämpfende ArbeiterInnen, regionale Strukturen und GewerkschafterInnen einen gemeinsamen Rahmen, v.a. auch bei Wahlen, bilden könnte. In Britannien gibt es seit der Verbürgerlichung der LP keine ArbeiterInnenmassenpartei mehr - die SA hätte ein Schritt zur Bildung einer solchen sein können. Seit einigen Jahren aber hat die SWP (Linkswende) die SA für sich entdeckt und zu einem Werkzeug für ihre eigene Arbeit umgemodelt. Auf der Konferenz am 1.12.01 setzte sie den letzten Schritt und boxte ein undemokratisches Statut durch, dass die SA zu einem starren, exklusiven Gebilde machen wird. Weil die SA dadurch eher ein Hindernis, als ein Schritt auf dem Weg zu einer neuen ArbeiterInnenmassenpartei sein wird, hat die SP die SA verlassen. Künftige Wahlabsprachen sind geplant und auch in Zukunft wird die SP jeden Schritt in Richtung Neuorganisation der ArbeiterInnenklasse unterstützen. (Statement der SP unter www.slp.at)

LINKS UND WEITERE INFORMATIONEN ZU DEN

Argentinien

Sozialismus oder Barberei

Seit vier Jahren befindet sich Argentinien, ehemals neoliberaler Musterschüler, in einer wirtschaftlichen und politischen Krise. Im Dezember 2001 erschütterten Massenproteste gegen die IWF-dominierte Sparpolitik das reichste Land Lateinamerikas. Angesichts der Auslandsverschuldung und einer sich weltweit abzeichnenden Rezession ist eine Beruhigung der Lage Utopie.

WOLFGANG FISCHER,
SLP WIEN-MITTE

Ausgangspunkt war der Generalstreik am 13.12.01 gegen geplante Einsparungen. Aufstände entflamten in den Armenvierteln von Buenos Aires, breiteten sich aber auf Wohngebiete der Mittelklasse aus. Geschäfte wurden geplündert, die Polizei ging brutal vor, es gab etliche Tote. Präsident de la Rúa verhängte den Ausnahmezustand. Einen Tag danach entthronte er sich und die Regierung des Amtes, die nachfolgende Übergangsregierung hielt sich kaum eine Woche.

NEOLIBERALES "MUSTERBEISPIEL"

Die Entwicklung Argentiniens ist typisch: Militärdiktatur bis in die 80er Jahre und Neoliberalismus - Wirtschaftswachstum für knapp zwei Jahrzehnte, nun folgt ein Sparpaket dem anderen. Argentinien steckt seit Anfang '98 in einer Rezession, die sich im letzten Jahr zugespitzt hat. Mittlerweile leben mehr als 15 Millionen Menschen (42%) unter der Armutsgrenze, eine (offizielle) Rekordarbeitslosigkeit von 18% verschärft die Lage. Die Verelendung großer Bevölkerungsteile, die auch den

Mittelstand betrifft, zeigt die Auswirkungen des Neoliberalismus. Unter dem Diktat von IWF, Weltbank (WB) und WTO wurde das Land in zunehmende Abhängigkeit von ausländischem Kapital getrieben, Zollschranken abgebaut, der Peso 1:1 an den US-Dollar gebunden, Märkte geöffnet und öffentliches Eigentum, angefangen bei Infrastruktur (Fluglinien, Bahn) über Gesundheits- und Bildungssektor bis zur Energieversorgung privatisiert. Länder wie Argentinien versinken nicht trotz, sondern wegen dieser neoliberalen Politik in existentiellen Krisen. Alleine im November 2001 sank die Industrieproduktion um 11%. Der Staatshaushalt ist mit 132 Milliarden US \$ Verschuldung bankrott, IWF und WB haben die Auszahlung weiterer Kredite gestoppt. Dabei hatte die Regierung de la Rúa bis zuletzt versucht, die IWF-Vorgaben mittels striktem Sparkurs zu erfüllen. Staatliche Löhne und Pensionen wurden gekürzt oder teilweise wochenlang nicht ausgezahlt, Privatkonten eingefroren, Sozialleistungen gestrichen, Jobs zu Tausenden abgebaut. Ein Fünftel des Staatshaushaltes dient der Schuldentrückzahlung an IWF/WB.

Naher Osten:

Zorn und Verzweiflung

Israel/Palästina ist der wichtigste dauerhafte Krisenherd der Erde. Vor Jahresende gab es eine Serie von Militärschlägen Israels, Selbstmordattentaten und gescheiterter Diplomatie. Die Ereignisse in Argentinien und der Kaschmir-Konflikt lenken medial etwas davon ab, dass die Lage am Toten Meer jederzeit explodieren kann.

FRANZ BREIER JUN.,
SLP WIEN-MITTE

Die Arbeitslosenquote in Israel beträgt offiziell neun Prozent. 2001 wurden 155.000 Jobs vernichtet. Die soziale Lage in den palästinensischen Gebieten und Flüchtlingslagern ist selbstredend noch schlimmer. Die tiefe Rezession ist nicht der einzige Spannungsherd. Die Konzentrationsregierung unter dem Rechtsaußen Sharon zeigt offene Uneinigkeit über die weitere Vorgangsweise, wobei die extreme Rechte das Tempo bestimmt. Außenminister Peres, der den Militärprovokationen Sharons skeptisch gegenübersteht, muss innerparteilich einen Rechtsruck zur Kenntnis nehmen. Verteidigungsminister und Hardliner Ben-Eliezer gewann die Wahl zum Chef der "Arbeitspartei" gegen den gemäßigten Kandidaten. Peres wertete die von Sharon und

Ben Eliezer beschlossenen "Lockerungen" von Straßensperren in den Autonomiegebieten als "nur im Rundfunk" existent (lt. Standard vom 2.1.). Die derzeitige Hauptfrage ist "Soll Arafat ausgeschaltet werden?". Peres Flügel fürchtet die drohende Machtübernahme der Hamas und eine weitere Verengung der Verhandlungsspielräume. Sharon legt die Karten offener auf den Tisch und setzt auf Israels militärische Macht - koste es, was es wolle. In beiden Fällen sind die Massen der Bevölkerung die Verlierer. Sie haben für die soziale und militärische Krise zu zahlen. "Maavak Socialisti", israelische Sektion des CWI, zur Stimmung in Israel: "Mit jeder neuen Welle tödlicher Selbstmordanschläge scheint sich die Reaktion von Schock zu Zorn und Verzweiflung zu verschieben." Realistisch stellt unsere Schwesterpartei fest:



VOR EINER REVOLUTION?

Das Misstrauen in die herrschende Politik drückte sich in den letzten Jahren in Wahlenthaltungen von 40% und mehr aus. ArbeiterInnen und weite Teile des Mittelstand empfinden tiefen Hass und Wut über die korrupten Politiker. Nun ist der bürgerliche Machtapparat handlungsunfähig und sieht sich in Teilen des Landes mit neuen, konkurrierenden Strukturen konfrontiert. Obwohl die wichtigsten objektiven Faktoren für eine revolutionäre Situation gegeben sind - also eine Krise des bürgerlichen Staates, die Spaltung der Herrschenden und eine Radikalisierung des Mittelstandes sowie Massenmobilisierungen auf der Straße - fehlt der "subjektive Faktor". Also eine revolutionäre Partei, die bei den Protesten ansetzt und der Bewegung eine Richtung und ein Ziel - nämlich

den Sturz des Kapitalismus - gibt. Vorrevolutionäre Situationen, in denen die Macht auf der Straße lag, gab es immer wieder, doch sind fast alle am Fehlen eben dieses "subjektiven Faktors" gescheitert.

KEINE RÜCKKEHR ZUR NORMALITÄT

Ausgeschlossen ist eine kurzfristige Rückkehr zu einer stabilen Situation auf kapitalistischer Basis. Neuwahlen werden angesichts der Ablehnung des Establishments und des Fehlens einer sozialistischen Massenalternative nichts lösen. Die ArbeiterInnen und Ausgebeuteten in Argentinien haben einen Kampf begonnen. Um ihn erfolgreich weiterzubringen muss eine unabhängige ArbeiterInnenbewegung mit einem revolutionären und sozialistischen Programm aufgebaut werden. Gelingt es, demokrati-

sche Komitees im ganzen Land und v.a. an den Arbeitsplätzen aufzubauen und zusammenzuschließen, so kann die Machtfrage innerhalb kürzester Zeit gestellt werden. Ein unbefristeter Generalstreik kann eine Regierung der ArbeiterInnen an die Macht bringen, BasisgewerkschafterInnen müssen den Aufbau einer sozialistischen Massenpartei vorantreiben. Eine ArbeiterInnenregierung in Argentinien hätte Signalwirkung für die Menschen der neokolonialen Welt in ganz Lateinamerika und darüber hinaus. Die Alternative zu einer sozialistischen Lösung ist nicht eine prosperierende und stabile bürgerlich-kapitalistische Regierung, sondern die Gefahr des Widerstarkens des Militärs und der Versuch verschiedenster bürgerlicher Populisten, die Macht an sich zu reißen.

Mehr unter www.slp.at



Foto: Manu

"Unser Programm, kein Vertrauen in die herrschende Klasse und ihre Politiker ... bietet keine Illusionen. Aber es zeigt den einzigen möglichen Weg raus aus Armut, Krieg und Terror im gegenwärtigen System. Eine kleine Minderheit, desillusioniert durch diplomatische und militärische Lösungen, aber nicht bereit, sich zurückzulehnen und die Region in Flammen aufgehen zu sehen, öffnet sich für sozialistische Ideen, Analysen und Programme."

US-POLITIK

Die USA schicken nun zum zweiten mal ihren Vermittler General Zinni. Im Dezember scheiterte er kläglich. Sie fürchten die Auswirkungen eines Alleingangs Israels auf die arabische Welt und rechnen daher noch mit Arafat. Sharon steht dieser Einmischung mit immer größerer Ungeduld gegenüber. Nichtsdestotrotz stehen die USA voll auf Seiten Israels. Der britische "Sunday Telegraph" berichtete am 9.12., dass ein Sprecher des Pentagon die Europäischen Regierungen aufforderte, alle Finanzhilfen für

die Palästinensische Autonomiebehörde (PNA) zu stoppen. PNA-Chef Arafat steckt in der Zwickmühle. Einerseits muss er versuchen, mit Waffengewalt Teile der palästinensischen Bewegung zurückzuhalten, um nicht von Israel endgültig liquidiert zu werden. Andererseits bereiten sich im eigenen Lager Kräfte auf die Übernahme der Macht vor. Derzeit meidet Hamas noch, offiziell die Kontrolle in der PNA zu übernehmen. Arafat kann sowohl von innen als von außen gestürzt werden. Das würde weitere Wellen schlagen. Das CWI in Israel wird auch und erst recht unter diesen Bedingungen unsere Ideen in weiteren Teilen der ArbeiterInnen und unter Jugendlichen verbreiten: "Die einzige Hoffnung, den Teufelskreis aus Krieg, Armut und Unterdrückung durch Kapitalismus und Imperialismus zu beenden, liegt in den Händen der israelischen, palästinensischen und anderer arabischer ArbeiterInnen und Massen, die Ideen, Methoden und Programm des

revolutionären Sozialismus aufzugreifen. Klasseneinheit angesichts der Unterdrücker und Ausbeuter. Ein Kampf der Klassen, um die verrotteten kapitalistischen Regimes in Israel, Palästina und dem gesamten Nahen Osten zu stürzen und sie durch sozialistische Staaten zu ersetzen, die zusammenkommen, um eine demokratische sozialistische Föderation zu bilden."

Das ganze Statement (und mehr) ist via www.slp.at (Links

Kein Friede in Sicht

Der Krieg gegen Afghanistan wird weitergeführt, auch wenn das in den Medien nur noch eine Randnotiz wert ist. Neben weiteren US-Bombardements marschieren 5000 Soldaten unter britischer Führung und deutscher Beteiligung in Kabul ein. Die Schockwellen haben in der Region bereits Wirkung entfaltet: Auch im Konflikt zwischen Indien und Pakistan dient der "Krieg gegen den Terror" als Vorwand.

FRANZ BREIER JUN.,
SLP WIEN-MITTE

WELT-UN-ORDNUNG

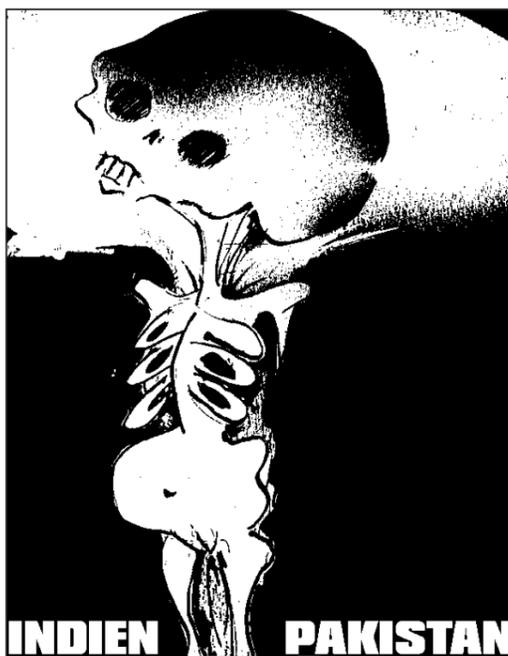
US-Präsident Bush jr. betonte nach Jahreswechsel in einer Rede in Californien, wie wichtig die Fortsetzung der Bombardements südlich Jalalabads (Afghanistan) sei. Man müsse "Geduld" haben. Die Taliban sind zwar vernichtend besiegt, doch die "gefährliche Phase" beginne jetzt. Damit hat Bush durchaus recht. Das hat aber nichts mehr mit den Taliban zu tun. Bush wiederholte die allgemeine Drohung gegen "terroristische Länder". Er vermied dieses mal aber eine konkrete Kriegserklärung. Die verkomplizierte und empfindlichere Weltlage zwingt die USA zu Vorsicht in ihren Kriegsplänen. Doch das schließt nicht aus, dass ein neuer Krieg überraschend kommen kann.

Jede Handlung des Imperialismus bringt die ohnehin labilen Machtverhältnisse in der neo-kolonialen Welt ins Wanken. Der Afghanistan-Krieg hat den Damm gebrochen. Zum Dauerbrenner Naher Osten kommt unter anderem nun der Kashmir-Konflikt hinzu. Dieser ist nicht neu, aber die Weltlage ist es. Das Augenmerk der USA ist zum Teil nun darauf gerichtet, eine weitere Destabilisierung zu verhindern. Der Imperialismus wird damit auf Dauer scheitern. Der stärkste diplomatische Druck der USA oder Britanniens kann die widersprüchlichen Interessen verfeindeter Staaten nicht aufheben. Hinzu kommt, dass auch innerhalb jedes einzelnen Landes soziale und politische Kräfte gegen einander kämpfen. Die neoliberale Offensive hat die

ohnehin ausgebluteten Massen radikalisiert. Chauvinismus und Fundamentalismus sind ein Ausdruck der Barbarei in der "neuen Welt-un-ordnung".

PAKISTAN UND INDIEN

Der militärische Sieg der Nordallianz über die Taliban führte zu einer Schwächung Pakistans. Militärdiktator Musharraf ist in jedem Fall gezwungen, Stärke zu demonstrieren. Er kann nur in engen Grenzen manövrieren. Es droht die Übernahme der Macht durch den Fundamentalismus, der bereits in Militär und Staatsapparat seine Hausmacht besitzt. Indien nützte die Weltlage und die Schießerei pakistanischer Extremisten im indischen Parlament vom 13. Dezember für eine umfassende Mobilisierung. Es ginge um einen gerechtfertigten Krieg gegen den Terror, argumentierte die Regierung. Die in den letzten Jahren gestärkten rechten chauvinistischen Kräfte bestimmen auch in Indien die Außenpolitik mit. Um das von beiden Staaten okkupierte und geteilte Jammu/



Droht um Kaschmir nun ein Atomkrieg?

Kashmir führten Indien und Pakistan bereits zwei Kriege sowie unzählige Scharmützel. Seit Ende der 90er verfügt auch Pakistan über Atomsprengköpfe. Alle kommenden Konflikte werden von wachsender Unkontrollierbarkeit gekennzeichnet sein. Wird der Kapitalismus nicht gestürzt, ist nicht ausge-

schlossen, dass die Eigendynamik solcher Konflikte bis hin zum "begrenzten" Atomkrieg führen kann. Der Kapitalismus hat einmal mehr bewiesen, dass er nicht in der Lage ist Sicherheit, soziale Sicherheit und Frieden für die Menschen zu bringen. Dazu braucht es anderes Gesellschaftssystem - den Sozialismus.

Brüssel: 13.-15. Dezember 2001

Demos & Internationale Jugendkonferenz

2.300 Zeichen



Brüssel: Der Protest gegen den Krieg und die Macht des Kapitals nahm wieder sehr kreative Formen an.

Foto: Andi

SLP im Netz!

www.slp.at

Auf www.slp.at gibt's jede Menge zu entdecken. www.slp.at wird regelmäßig mit Neuem bestückt. Es lohnt sich immer wieder vorbeizuschauen!



+ Hintergründe zu politischen Entwicklungen
+ Aktuelles, Aktionen und Kampagnen der SLP
+ Links den Schwesterparteien der SLP in aller Welt

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau!
Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungs-offensive.
- Nein zur Wohnungsnot!
Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.